LE CONSEIL RHÉNAN
DER OBERRHEINRAT

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2025

Elektromobilität am Oberrhein vorantreiben und vernetzen

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2025 und auf Vorschlag der Kommission Verkehr - Raumordnung - Bevölkerungsschutz und -entwicklung,

1. betont die zentrale Bedeutung der Elektromobilität für die Erreichung der Klimaziele am Oberrhein und für die Reduktion der CO_2-Emissionen im Verkehrssektor;
2. stellt fest, dass die Ladeinfrastruktur im Gebiet zwar wächst, aber ungleich verteilt, teilweise unzureichend ausgelastet und in der Nutzung über die Grenzen hinweg uneinheitlich ist;
3. weist darauf hin, dass die große Vielfalt unterschiedlicher Apps, Zugangs- und Abrechnungssysteme für öffentliche Ladepunkte die Nutzerfreundlichkeit erheblich einschränkt und die Alltagstauglichkeit grenzüberschreitender Elektromobilität mindert;
4. unterstreicht, dass eine Harmonisierung der Nutzerzugänge und der Bezahlmöglichkeiten notwendig ist, um gleiche Bedingungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen im gesamten Oberrheingebiet zu schaffen;
5. hebt hervor, dass technologische Innovationen wie Vehicle-to-Grid und intelligente Ladesysteme große Chancen für Netzstabilität, Energiesicherheit und Kostensenkungen bieten, deren Potenzial jedoch nur durch gemeinsame Standards und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden kann;
6. erinnert daran, dass grenzüberschreitende Projekte wie die Elektrifizierung der Rheinfähren oder die Entwicklung gemeinsamer grenzüberschreitender Carsharing-Angebote Leuchtturmcharakter haben und zur Sichtbarkeit der Region beitragen können;
7. fordert den beschleunigten und abgestimmten Ausbau einer grenzüberschreitend kompatiblen Ladeinfrastruktur im Sinne der TMO-Strategie 2030;
8. fordert die Erarbeitung gemeinsamer Standards für Apps, Nutzer-Authentifizierung, Abrechnung und Preisangaben bei Ladepunkten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz;
9. regt die Oberrheinkonferenz an, die Initiierung eines spezifischen Interreg-Projekts zur Elektromobilität zu prüfen, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bündelt, die Harmonisierung von Apps und Zahlungssystemen vorantreibt, das Laden von Drittfahrzeugen mit PV-Strom öffentlicher Gebäude ermöglicht und innovative Lösungen entwickelt;
10. fordert die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und praktischer Erprobung von V2G- und Smart-Charging-Technologien in Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen am Oberrhein;
11. regt die Gebietskörperschaften an eine Vorbildrolle zu übernehmen, indem sie die Entwicklung der E-Mobilität weiter vorantreiben und darin investieren;
12. regt an, die Standortsuche für die Lkw-Ladeinfrastruktur konzertiert vorzunehmen und den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lkw daran auszurichten sowie sich dafür einzusetzen, dass die Ladezeiten europaweit auch als Lenk- und Ruhepausen der Fahrerinnen und Fahrer anerkannt werden.

13. fordert schließlich eine verstärkte Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure – Netzbetreiber, Ladeinfrastruktur-Anbieter, Softwareentwickler, Gebietskörperschaften und politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern – um Elektromobilität für die Menschen am Oberrhein einfacher, transparenter und attraktiver zu machen.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
  - die Abgeordneten der Nationalversammlung aus dem Oberrheingebiet
  - das Ministerium für den ökologischen Wandel und die territoriale Kohäsion
  - die Region Grand Est
  - die Collectivité européenne d'Alsace
- in Deutschland:
  - die Bundestagsabgeordneten aus dem Oberrheingebiet
  - das Bundesministerium für Verkehr
  - die Landesregierung Baden-Württemberg
  - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
  - das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
  - das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
  - die Regierungskonferenz der Nordwestschweiz
- auf grenzüberschreitender Ebene:
  - die Oberrheinkonferenz (zur Information)
  - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Information)
  - den Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Information)
  - den Interregionalen Parlamentarierrat (zur Information)
- auf europäischer Ebene:
  - die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem Oberrheingebiet
  - die Europäische Kommission
  - den Europäischen Ausschuss der Regionen